

LINKS AG

Mitgliederzeitung der SP Schweiz
172 · Ausgabe AG · Oktober 2017

SP

GEWONNEN HAT NIEMAND

Gesiegt hat am 24. September die destruktive Politik – gewonnen aber hat niemand. Am allerwenigsten die breite Bevölkerung, die auf eine stabile Altersvorsorge angewiesen ist. Nun gilt es in die Zukunft zu blicken und die Kräfte zu bündeln für einen Neustart. An einer Sicherung des bisherigen Rentenniveaus und einer Flexibilisierung des Altersrücktritts führt dabei kein Weg vorbei. Vormachen dürfen wir uns dabei nichts: Die unheilige Allianz, welche die Reform gebodigt hat, verfolgt Ziele, die unterschiedlicher nicht sein könnten. Daher wird es schwierig sein und Zeit in Anspruch nehmen, einen tauglichen gemeinsamen Nenner zu finden.

Denkbar ist ein zeitlicher Vorzug der benötigten Zusatzfinanzierung. Dafür spricht nicht nur die Dringlichkeit, sondern auch die bemerkenswerte Tatsache, dass die Finanzierungsvorlage an der Urne mehr Zustimmung fand als die materiellen Reformelemente.

Über die Bücher gehen müssen wir auch parteiintern. Sich mit eigenen Maximalforderungen zu profilieren auf Kosten eines hartnäckig erarbeiteten Kompromisses – das mag verlockend sein. Mit gesellschaftlicher Verantwortung hat dies aber wenig zu tun. Und wem es nützt, haben wir soeben schmerzlich erlebt. Auch wenn das Verhindern bei sozialpolitischen Reformen einfacher ist als das aktive Mitgestalten: Letzteres sind wir unseren

Wählerinnen
und Wählern
schuldig. Mehr
denn je!

Pascale Bruderer
von Nussbaumen
ist Aargauer
SP-Ständerätin.

Nach der Abstimmung

DAS NEIN ZUR ALTERSREFORM 2020 WAR AUCH FÜR MICH EIN SCHOCK. WENIGER, DASS WIR ES IN DEN LETZTEN WOCHEN NICHT HÄTTEN KOMMEN SEHEN, SONDERN WEIL WIR ALLE ÜBERZEUGT WAREN, DASS WIR IM PARLAMENT UND AUF DER STRASSE ALLES MENSCHENMÖGLICHE GEMACHT HATTEN FÜR EINEN VERTRÄGLICHEN KOMPROMISS. DAS TUT WEH.

Cédric Wermuth
von Zofingen ist
SP-Nationalrat
und Co-Präsident
der SP Kanton
Aargau.



Trotzdem halte ich wenig von der Idee, sich jetzt innerhalb der Linken öffentlich gegenseitig die Schuld zuzuschieben. Wir sind nicht an den falschen oder richtigen Linken gescheitert, sondern an einer Mehrheit der Bevölkerung. Und deshalb sollten wir vielmehr genau hinschauen, warum diese Bevölkerung Nein gesagt hat.

Zwei Stimmen müssen uns aufhorchen lassen: Offenbar haben mehr Menschen als erwartet – insbesondere Frauen – die Erhöhung des Frauenrentenalters auf 65 abgelehnt. Ich bin zwar nach wie vor überzeugt, dass die vorgesehenen Gegenleistungen

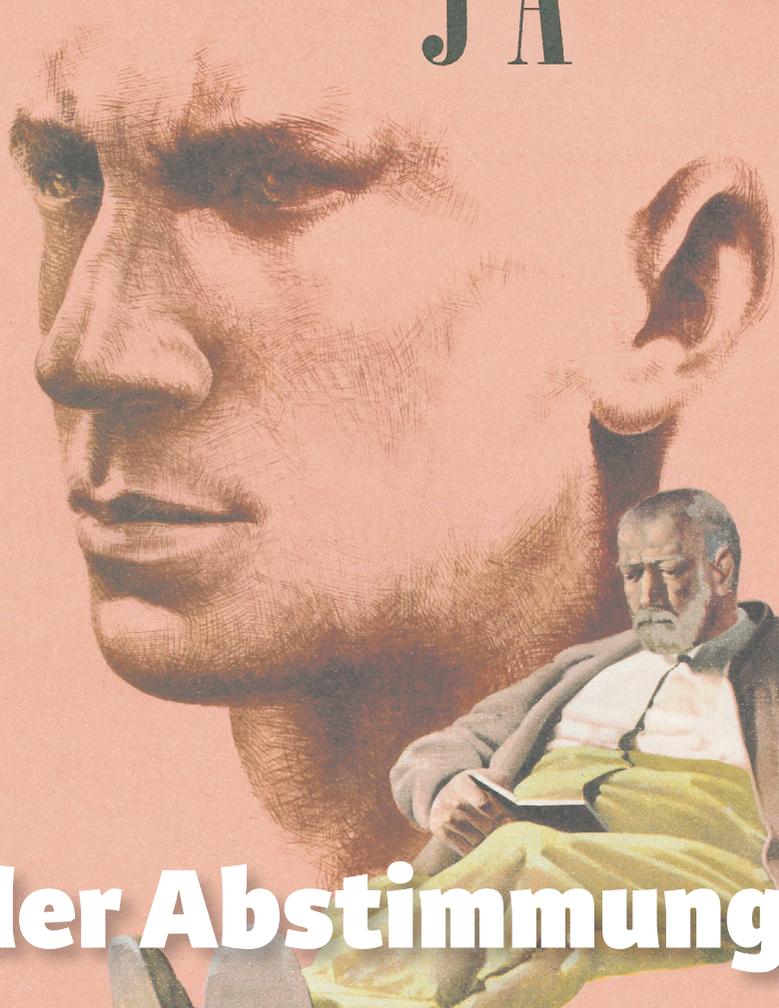
– die Stärkung der AHV und die Besserversicherung der kleinen Pensen – bahnbrechend gewesen wären. Aber dieses Nein der Frauen zeigt auch ein gesundes Bewusstsein für erkämpfte sozialpolitische Fortschritte. Und dass frau sich diese nicht einfach so wegnehmen lassen darf. Und vor allem dafür, dass die Nicht-Umsetzung der tatsächlichen Gleichstellung von Mann und Frau gerade bei Lohn, Einkommen und Arbeitsverteilung ein Skandal ist. Dahingehend hatten und haben die Frauen absolut Recht.

Zweitens die Rentner*innen. Viele haben in den Tagen vor der Abstimmung Unverständnis dafür geäußert, dass sie selber nicht von einer Rentenerhöhung profitieren. Man kann das als Egoismus abstempeln. Oder man kann darin durchaus auch das wache Bewusstsein dafür orten, dass die Entwicklung der AHV-Renten in den letzten Jahren tatsächlich hinter den Löhnen zurückhängt. Und dass die

AHV-Renten bis heute das von der Verfassung geforderte Niveau nicht erreichen – sonst bräuchten wir keine Ergänzungsleistungen. Wer jetzt glaubt, die Rechte würde mit ihrem «Sozialabbau Plan B» einfach so durchmarschieren, irrt. Sicher, sie werden die Vorlagen durch das Parlament bringen. Aber am Ende entscheidet auch hier das Volk. Die Lektion für uns heisst: Sozialpolitische Reformen kommen nur durch, wenn sie echte Fortschritte für alle bringen.

Politik ist sicher meist die Kunst des Machbaren. Aber offenbar nicht immer. In Sachen Altersvorsorge dürfte der parlamentarische Kompromiss mit der Linken in weitere Ferne gerückt sein. Das darf aber für uns nicht heissen, den Kopf in den Sand zu stecken. Wenn wir die Menschen ernst nehmen wollen, sollten wir uns vielmehr überlegen, ob es nicht Zeit wäre für einen umfassenden, linken Reformvorschlag – mit den Frauen und den Rentner*innen.

JA



INTERVIEW



Neu im Grossen Rat

links.ag: David Burgherr, nachdem Monika Stadelmann aus dem Grossen Rat zurückgetreten ist, wurdest Du am 29. August vereidigt. Woher kommst Du? Wo liegen Deine Stärken?

David Burgherr: Ich bin seit bald zwanzig Jahren Sekundarlehrer mit Leib und Seele. Nebenbei studierte ich Romanistik und Computerlinguistik. Heute leite ich die pädagogische Entwicklung der ICT an unserer Schule. Der Lehrplan 21 setzt hier neue Massstäbe, gerade beim Programmieren. Seit dem Umzug nach Lengnau engagierte ich mich in Vereinen, für die Asylsuchenden und in der Arbeitsgruppe «Familienfreundliche Gemeinde». Dabei wurde mir bewusst, dass ich auch strategisch Einfluss nehmen und mich politisch einsetzen will. Meine Stärken sind Kreativität, Wissensdurst, Willenskraft und Pioniergeist. Ich habe immer ein Projekt, das ich begeistert angehe und beharrlich durchziehe.

Was sind Deine politischen Anliegen?

Was willst Du im Grossen Rat bewegen?

Die Oberstufe muss neu organisiert werden, mit Schulgemeinden statt Kreisschulen und mit allen drei Abteilungen am selben Standort. Das ermöglicht eine langfristige, verbindliche Planung, eine effiziente Nutzung von Ressourcen und eine zeitgemässe Schulentwicklung. Die Energiestrategie muss zügig umgesetzt, der Verbrauch gesenkt, die Produktion auf erneuerbare Energien verlagert werden. Das ist der einzige Weg aus der fossilen und atomaren Sackgasse.

Was kann die SP aus ihrer momentanen

Minderheitsposition im Grossen Rat bewirken?

Die SP erhält in Abstimmungen deutlich mehr Unterstützung als bei Wahlen, ist insofern im Parlament untervertreten. Sie muss sich dort Gehör verschaffen, andernfalls durch Volksinitiativen in die Gesetzgebung eingreifen.

Katharina Kerr von Aarau ist Redaktorin links.ag.

(Fast) Nichts Neues im Kantonsbudget

DER NEUE AARGAUISCHE FINANZDIREKTOR BRINGT ETWAS FRISCHEN WIND. DAS ÄNDERT ABER NICHTS AN DER KATASTROPHALEN FINANZLAGE. IM GEGENTEIL: EINE UMFASSENDE AUSLEGEORDNUNG ZEIGT, DASS DEM KANTON IN ZUKUNFT JÄHRLICH BIS ZU 250 MILLIONEN FRANKEN FEHLEN.



Dieter Egli von Windisch ist Co-Präsident der SP-Grossratsfraktion und Mitglied der Geschäftsleitung der SP Aargau.

Trotzdem präsentiert der Regierungsrat für 2018 ein ausgeglichenes Budget. Dies wegen zwei Massnahmen: Einerseits soll die Schuldenrückzahlung für die nächsten vier Jahre ausgesetzt werden. Angesichts der aktuellen Zinssituation ist das vernünftig, und es entlastet den Kanton jährlich um etwa 40 Millionen Franken. Andererseits erhält der Kanton für den Verzicht auf die Nutzungsrechte für das Kraftwerk Klingnau rund 150 Millionen Franken, die er in die laufende Rechnung verbuchen kann.

Unklare Zukunft

Mit diesen Massnahmen, vom Grossen Rat noch abzusehen, käme der Kanton fürs Erste über die Runden. Langfristig braucht es aber mehr. So plant der Regierungsrat ab 2019 eine Steuerfusserhöhung über 5 Prozent. Und er denkt über grundsätzliche Einsparmöglichkeiten nach, die bei genauerer Betrachtung gar nicht so neu sind: Über die Zentralisierung von verschiedenen Ämtern oder über eine effizientere Gesundheitsversorgung kann man mit der SP reden – nicht aber über Leistungsabbau, wenn man etwa die Schulzeit bis zur Matur verkürzen will oder Buslinien verschwinden sollen.

Einmal mehr: Abbau

Und wir wehren uns gegen die «kleinen» Abbaumassnahmen, die wieder ins Budget kommen, nach dem Motto: Wenn es weh tut, bringt es sicher etwas. Weh tut es aber meist nur den Schwächsten: Wenn die Schuldenberatung zusammengestrichen und die Beratung von IV-Bezüger_innen zur Integration ins Arbeitsleben gekappt wird, dann ist das nicht nur ungerecht, sondern auch nicht nachhaltig. Und gesellschaftliche Anliegen verschwinden gleich ganz: So soll nach dem Willen der Regierung die Gleichstellung, in

der neuen Allerwelts-Fachstelle Alter, Familie und Gleichstellung aufgehen – und so langsam bedeutungslos werden. Im Jahr 2018 würde der Aargau so gesellschaftspolitisch zum Entwicklungsland.

Fehler korrigieren!

In den letzten Jahren war in der Aargauer Finanzpolitik Stillstand angesagt, wenn nicht Blockade: Die Bürgerlichen wollen um jeden Preis weniger Ausgaben und tiefere Steuern. Abbauvorlagen lehnt das Volk aber regelmässig ab. Eine Sackgasse! Immerhin gibt es erste Lichtblicke: Die Regierung macht nicht mehr blind mit und schlägt für 2018 eine Lohnerhöhung beim Staatspersonal vor. Und die letzte Budgetberatung zeigte, dass die Mitte nicht mehr jeden Abbautraum von rechts mitträgt.

Das reicht aber noch nicht. Mit einer ehrlichen Analyse wird klar: Wir müssen die Fehler korrigieren, die bei den Steuersenkungen der letzten rund

12 Jahre gemacht wurden und von denen fast ausschliesslich die Reichen und die Wirtschaft profitiert haben. Deshalb lanciert die SP Aargau im Januar die Steuerinitiative, mit der die sinnlosesten Senkungen rückgängig gemacht werden sollen. Das würden die Betroffenen im Portemonnaie kaum merken, der Kanton aber könnte sich wieder um seine Menschen und seine Zukunft kümmern.

Geht es also im nächsten Jahr auf die Strasse zum Unterschriften Sammeln!

Wir müssen die Fehler bei den Steuersenkungen der letzten rund 12 Jahre, von denen fast ausschliesslich die Reichen und die Wirtschaft profitiert haben, korrigieren.



Teuer gespart bei Unbegleiteten minderjährigen Asylsuchenden (UMA)

IM APRIL DIESES JAHRES MACHTE DER KANTON AARGAU SCHLAGZEILEN, WEIL AUS KOSTENGRÜNDEN KEINE UMA MEHR IN PFLEGEFAMILIEN UNTERGEBRACHT WERDEN SOLLEN. DIE NEUE SVP-REGIERUNGSRÄTIN FRANZISKA ROTH HAT IM JANUAR DAS GESUNDHEITS- UND SOZIALDEPARTEMENT DES KANTONS ÜBERNOMMEN UND STEHT UNTER GROSSEM SPARDRUCK. ABER, OB DIES DER RICHTIGE WEG IST, UM LANGFRISTIG GELD ZU SPAREN? ICH WAGE ES ZU BEZWEIFELN.



Yvonne Feri von Wettingen ist SP-Nationalrätin.

Die rechte Seite sieht es so: Menschen auf der Flucht haben in der Schweiz das Anrecht auf Schutz, aber nicht dauerhaft. Sie argumentiert, dass es durch zu viel Integration schwierig wird, die Menschen jemals wieder in ihr Herkunftsland zurückzuschicken. Ich argumentiere anders: Was passiert, wenn diese Menschen bei uns bleiben dürfen und nicht integriert sind? Welche öffentlichen Kosten werden dann (allenfalls lebenslang) verursacht?

Im Kanton Aargau sind UMA gesetzlich verpflichtet, die Schule zu besuchen. Ihre Unterbringung in kantonalen Unterkünften erschwert diesen Schulbesuch. Ihre Freizeit verbringen sie nur mit Menschen, die in der gleichen Situation leben wie sie und ebenfalls wenig oder kein Deutsch sprechen. Aber gerade der Spracherwerb ist zentral, damit die jungen Menschen nach Abschluss der obligatorischen Schule eine Lehrstelle finden und dank ihrer Ausbildung anschliessend ihren Lebensunterhalt selber bestreiten können. Leben sie in einer Pflegefamilie, wird in ihrem Alltag vorwiegend Deutsch gesprochen. Der Erwerb und Gebrauch der neuen Sprache beschränkt sich nicht nur auf die Schule, sondern auch auf gemeinsame Mahlzeiten, Freizeit und Wochenenden. Sie erleben so auch tagtäglich, welche Werte und Traditionen in unserer Gesellschaft wichtig sind und wie bei uns das Zusammenleben funktioniert. Damit haben sie Bezugspersonen nicht nur aus dem eigenen Herkunftsland.

Zudem müssen UMA in der Regel mit 18 Jahren ihre Unterkunft für Kinderflüchtlinge verlassen. So verlieren sie Mitbewohnende, Bezugspersonen und ihr soziales Netz im Alltag. Wer hilft ihnen bei den alltäglichen Verpflichtungen und Aufgaben,

die mit der Volljährigkeit auf sie zukommen? Eine Pflegefamilie bedeutet Geborgenheit und Stabilität. Sie bedeutet ausserdem eine emotionale Verbundenheit, die über sachliche Unterstützung hinausgeht.

Dies kostet den Kanton um einiges mehr als ein paar teurere Jahre in einer Pflegefamilie.

Sicher lässt sich kurzfristig mit dem Verzicht auf Pflegefamilien für UMA Geld sparen. Aber was bringt diese Sparmassnahme, wenn wir einen längeren Zeitraum betrachten? Ein_e UMA, der/die mit 18 die Unterkunft verlässt, keine weitere persönliche Unterstützung erfährt, vielleicht noch wenig Deutsch spricht und in die Abhängigkeit der Sozialhilfe gerät, hat wenig Chancen, dieser zu entkommen. Seine/Ihre Perspektive ist finanziell wie gesellschaftlich bescheiden. Ich bin sicher, dies kostet den Kanton um einiges mehr als ein paar teurere Jahre in einer Pflegefamilie!

Überhaupt: Es darf einfach nicht immer nur um Geld gehen. Auch Menschlichkeit zählt. Welche Familie möchte sich vorstellen, dass ihr Kind mit der Volljährigkeit alleine dasteht und keine Perspektive hat?



Bild: Wolf-Dieter Blank

INTERVIEW



Wieder im Grossen Rat

links.ag: Du warst vom September 2015 bis Ende 2016 bereits Grossrat. Nun wirst Du im November für den zurückgetretenen Jürg Caflisch wieder im Kantonsparlament Einsitz nehmen. Wo stehst Du heute beruflich, im Studium und in Deinen Engagements?

Florian Vock: Ich bin heute Präsident des Aargauischen Gewerkschaftsbunds AGB, arbeite als stellvertretender Betriebsleiter im Kulturhaus ODEON in Brugg und als wissenschaftlicher Mitarbeiter im Innendepartement des Kantons Zürich. Meine «Pause» im Grossen Rat konnte ich nutzen: Ich habe mein Soziologie-Studium abgeschlossen.

Wofür willst Du Dich im Grossen Rat engagieren?

Als AGB-Präsident habe ich täglich mit unterschiedlichsten Menschen zu tun und erfahre, wo es politischen Handlungsbedarf gibt. Aktuell erleben wir, dass langjährigen Mitarbeitenden gekündigt wird, nur um sie dann Monate später via Temporärbüro wieder anzustellen – natürlich zu schlechteren Bedingungen. Solche Berichte werden mich antreiben, im Grossen Rat meine Stimme zu erheben.

Was muss im Aargau ändern?

An einem jüngsten Sozialpartnergespräch wurde hervorgehoben, wie erfolgreich der Aargau dank seiner Flughafen-Nähe sei. Zynisch stellte ich fest, dass wir dank laufenden Abbau-Massnahmen wohl bald alle froh sind, wenn wir möglichst rasch weit weg kommen. Denn hier wird Budget für Budget unsere Lebensqualität vernichtet. Wir politisieren gestaltend und mutig. Doch dafür müssen wir dem kleinbürgerlichen Abbau-Diktat der Bürgerlichen in Gemeinden und Kanton vehement entgegenreten.

Katharina Kerr von Aarau ist Redaktorin links.ag.

KOMMENTAR



Nachhaltiges Wohnen für viele – ein Kernziel der SP

Unsere Ziele in der Wohnbaupolitik sind klar: Wohnen muss bezahlbar für alle sein, es soll energetisch vorbildlich gebaut, und neue Wohn-, Arbeits- und Lebensformen sollen berücksichtigt werden. Wir wollen sozial durchmischte, nachhaltig gebaute Quartiere, die für alle Bevölkerungs- und Altersgruppen attraktiv sind.

Vor zwei Jahren führte die SP Aargau eine kommunalpolitische Tagung durch, die aufzeigte, dass der gemeinnützige Wohnungsbau massgeblich dazu beiträgt, diese Ziele zu erreichen, und es sich für die Gemeinden lohnt, Wohnbaugenossenschaften und den kommunalen Wohnungsbau zu fördern.

In der Anschluss-tagung vom 28. Oktober 2017, die in Kooperation mit dem Regionalverband Aargau der Wohnbaugenossenschaften Schweiz durchgeführt wird, geht es darum, noch konkreter zu werden. Ziel ist es, den Anstoss zu geben für das erste 2000-Watt-Genossenschaftsareal im Aargau. Auf unsere Initiative hin soll eine sozial durchmischte, ökologisch vorbildlich erbaute und betriebene Siedlung entstehen, in der nachhaltig und gemeinschaftlich gewohnt und gearbeitet wird und die den Vorgaben der 2000-Watt-Gesellschaft entspricht. Neben diesem Leuchtturmprojekt sollen aber auch kleinere Projekte in ländlichem Gebiet initiiert werden.

Als Referent_innen haben wir zwei Profis eingeladen, die uns anhand zweier konkreter Beispiele die Schritte von der Vision bis zur Realisierung eines solchen Projekts aufzeigen. Im Anschluss bieten drei Workshops die Gelegenheit, sich mit den Fragen der Landsicherung, der Finanzierung und der Konzeption zu befassen. Wir freuen uns auf eure Teilnahme!

Gabriela Suter von Aarau ist SP-Grossrätin, Mitglied der Geschäftsleitung der SP Aargau und Präsidentin der SP Aarau.

Die SP-Arbeitsgruppe Wohnbau hat zur Unterstützung unserer Lokalpolitiker_innen eine Toolbox entwickelt. Diese kann beim SP-Sekretariat angefordert werden.

FELIX PLATTER-AREAL

Ein genossenschaftliches Modellprojekt für die Region Basel

IN DER REGION BASEL ERLEBEN DIE TRADITIONSREICHEN WOHNGENOSSENSCHAFTEN EINEN AUFSCWUNG. EIN EIGENTLICHES MODELLPROJEKT WIRD IN DEN NÄCHSTEN JAHREN AUF DEM FELIX PLATTER-AREAL IM WESTEN BASELS REALISIERT. BISHER ALS SPITALGELÄNDE GENUTZT, BIETET DAS AREAL KÜNFTIG AUCH PLATZ FÜR NEUEN, IN BASEL DRINGEND BENÖTIGTEN WOHNRAUM.



Jörg Vitelli von Basel ist Präsident Wohnbaugenossenschaften Nordwestschweiz und SP-Grossrat Basel-Stadt.

Genossenschaftsinitiative

Im Jahr 2015 entschied der Regierungsrat Basel-Stadt, das 36 000 Quadratmeter grosse Areal im Baurecht an die Genossenschaften abzugeben. Im selben Jahr wurde auf Initiative von Richard Schlägel und Andreas Courvoisier die Baugenossenschaft wohnen&mehr als neuer gemeinnütziger Bauträger gegründet, dies zusammen mit dem Regionalverband Wohnbaugenossenschaften Nordwestschweiz. Das Ziel der Neugründung war, Kräfte und Kapital zu bündeln und mit der Entwicklung des Felix Platter-Areals ein genossenschaftliches Modellprojekt zu realisieren. Die Idee trägt. So sind bis heute 33 Wohnbaugenossenschaften wohnen&mehr beigetreten, um mit ihrer Mitgliedschaft, mit Genossenschaftskapital und Darlehen, aber auch mit ideeller Unterstützung mitzuwirken.

Fokus Wohnen

Auf dem Felix Platter-Areal entsteht nach dem Bezug des Spitalneubaus ab Mitte 2019 ein neues, lebendiges und sozial durchmischtes Stück Stadt. Im Vordergrund steht die Schaffung von genossenschaftlichem, gemeinschaftsorientiertem Wohnraum in Neubauten (rund 400 Wohnungen) und im umgenutzten Spitalgebäude (rund 130 Wohnungen). Vorgesehen ist ein breiter Mix an Wohnungsgrössen und Wohnformen, mit einem besonderen Augenmerk auf familien- und altersgerechtem Wohnraum. In der Planung und Realisierung einzelner Wohnbauten arbeitet wohnen&mehr mit bestehenden Wohnbaugenossenschaften zusammen. So

baut wohnen&mehr beispielsweise für die Bau- und Wohnbaugenossenschaft Lebenswerte Nachbarschaft LeNa ein eigenes Gebäude auf dem Areal. In diesem plant LeNa nach den Prinzipien von Neustart Schweiz* ein innovatives Wohnmodell mit einem hohen Anteil an Gemeinschaftsnutzungen im Erdgeschoss wie beispielsweise einer Grossküche, einem Depot für Landwirtschaftsprodukte und einer Cafeteria.

Quartierflair dank Nutzungsmix

Für Atmosphäre und Belebung sorgen attraktiv gestaltete Aussenräume, so etwa der geplante Quartierplatz oder die öffentliche Querung, die von der Burgfelderstrasse über das Areal und durch das umgenutzte Spitalgebäude Richtung Bachgraben-Promenade führt. Um Quartierflair zu erzielen, wird das Wohnen durch Kleingewerbe, Flächen für Dienstleister sowie Zentrumsfunktionen für das Quartier ergänzt. Das Konzept sieht unter anderem mietbare Treffräume unterschiedlicher Grösse, einen Doppelkindergarten, Fitness, Cafés, CoWorkingSpaces sowie Flächen für kleine Läden, Ateliers, Büros und Gewerbe vor. So entsteht eine neue Mitte für das Hegenheimerquartier, ein Ort gelebter Nachbarschaft – ganz im Sinne der Genossenschaftsidee

* Der Verein Neustart Schweiz steht für «ein erdverträgliches Dasein» und engagiert sich «für ein neues Miteinander». Siehe: <https://neustartschweiz.ch>



Auf dem Basler Felix-Platter-Spitalareal entstehen über 500 Genossenschaftswohnungen.

Die nächste kommunalpolitische Tagung findet am 28. Oktober 2017 von 9–14 Uhr unter dem Titel «Nachhaltiges Wohnen für viele. Wege zum ersten 2000-Watt-Genossenschaftsareal im Aargau» in Aarau statt (siehe S. 16). Claudia Thiesen und Jörg Vitelli werden über ihre Projekte referieren.

Mehr als wohnen, Zürich

VOR 10 JAHREN FEIERTEN DIE ZÜRCHER GENOSSENSCHAFTEN UNTER DEM SLOGAN «MEHR ALS WOHNEN» 100 JAHRE GEMEINNÜTZIGEN WOHNUNGSBAU. DIE FEIER IST GESCHICHTE, DAS MOTTO BLIEB UND MANIFESTIERT SICH IM ERSTEN PROJEKT DER GLEICHNAMIGEN GENOSSENSCHAFT, DEM HUNZIKER AREAL.



Dipl.-Ing. Architektin Claudia Thiesen von Zürich ist Vizepräsidentin von mehr als wohnen und in der Entwicklung genossenschaftlicher Wohnbauprojekte engagiert.

Die Ansprüche von mehr als wohnen waren hoch: Eine reale Experimentier- und Lernplattform für den gemeinnützigen Sektor, und dies in Form eines neuen lebendigen Stadtteils sollte entstehen. Ein breiter Wohnungsmix, der auch gemeinschaftsfördernde Wohnformen bietet, ein diversifiziertes Angebot an Gewerbeflächen für lebendige Erdgeschossnutzungen, Allmendräume für die Gemeinschaft, und das alles hocheffizient, kostengünstig und nachhaltig gebaut. 50 Baugenossenschaften gründeten im Dezember 2007 die Genossenschaft und beteiligten sich an der Entwicklung. Heute hat sich das Projekt zu einem Leuchtturm gemauert und wird weltweit als Beispiel für wegweisenden Siedlungs- und Städtebau wahrgenommen.

Für mehr als wohnen stellt sich auch die Frage, wie sie die hohen Ansprüche an einen nachhaltigeren, städtischen Lebensstil in einer multikulturellen grossen Gemeinschaft unterstützen kann.

Die Stadt war von Beginn an im Boot. Sie bot das 40 000 Quadratmeter grosse Grundstück in Zürich Nord im Baurecht an und führte mit der Genossenschaft den Wettbewerb durch, dessen Ergebnis eine neue Herangehensweise, Stadt zu planen, sowie innovative Wohntypologien waren. Bis Sommer 2015 entstanden 380 Wohneinheiten

und 6800 Quadratmeter Gewerbe- und gemeinschaftlich genutzte Flächen. 1200 Bewohnende bezogen innert neun Monaten die 13 Gebäude, in den Erdgeschossen siedelten sich Quartierinfrastrukturen, Dienstleistungen und Nahversorgung an.

Für mehr als wohnen sind die Ziele der 2000-Watt-Gesellschaft verbindlich. Seit 2017 ist das Hunziker Areal als «2000-Watt-Areal im Betrieb» zertifiziert. Das neu entwickelte Qualitätslabel erfüllt für Siedlungsräume sowohl in der Erstellung als auch in der Betriebsphase die strengen Kriterien für einen nachhaltigen Umgang mit Ressourcen und Klimaschutz. So entsteht ein grosser Nutzen für alle Beteiligten: Bauträgerin und Planende bekommen eine Rückmeldung zur Qualität ihrer Planung und Ausführung. Die Betreiber_innen erhalten eine Grundlage für die Etablierung eines Monitoring-Systems und die Auslösung von gezielten Betriebsoptimierungen. Die Thematisierung der Ergebnisse, beispielsweise an der jährlichen Innovationsversammlung, fördert bei den Bewohnenden die Auseinandersetzung mit den Fragen eines 2000-Watt-kompatiblen Lebensstils.

Für mehr als wohnen stellt sich auch die Frage, wie sie die hohen Ansprüche an einen nachhaltigeren, städtischen Lebensstil in einer multikulturellen grossen Gemeinschaft unterstützen kann. Wie bewähren sich die verschiedenen Wohnformen und wie wird die gemeinschaftliche Infrastruktur genutzt und an sich wandelnde Bedürfnisse angepasst? In den ersten beiden Betriebsjahren sind 35 so genannte Quartiergruppen entstanden, Motor für Vernetzung der Bewohnenden untereinander, Synergien zwischen Gewerbe- und Wohnnutzungen oder verändertes Konsum- und Freizeitverhalten. Die Stadt profitiert neben langfristigen Wohnraum von stabilen sozialen Netzwerken und einem Ort, der als Ideengenerator weiter wirkt.



Im Hunziker Areal in Zürich.

KOMMENTAR



Beharrlich und belesen: Jürg Cafilisch

Als früherer Juso-Basis-Aktivist habe ich den parlamentarischen Weg bewusst erst spät beschritten. Darum weiss ich auch, dass er nicht die einzige Form der politischen Arbeit ist. 13 Jahre Einwohnerrat in Baden und fast 10 Jahre Grosser Rat sind eine lange Zeit. Was habe ich erreicht? Persönlich – ausgenommen die verlorene Stadtratswahlen-Wahl vor 2 Jahren – fast alles. Und dass es mir schon etwas geschmeichelt hat, dass ich bei den Grossratswahlen vor einem Jahr das beste Resultat aller Kandidierenden in der Stadt Baden und die meisten Fremdstimmen im ganzen Kanton von den Grünen geholt habe, gebe ich zu. Politisch fällt die Bilanz, nüchtern betrachtet, bescheidener aus. Wir kämpfen nicht gegen Windmühlen, aber gegen eine Mischung aus Konservatismus und Neoliberalismus, der tief in den Köpfen steckt. Darum ist Beharrlichkeit oder – der Grat ist schmal – etwas Sturheit eine Eigenschaft, die wir in der alltäglichen politischen Arbeit benötigen. Alltagsarbeit ist zuweilen mühsam. Das wissen wir alle. Wichtig scheint mir, dabei das Grosse nicht aus den Augen zu verlieren. Ich habe darum gerne und regelmässig Bücher gelesen, die mir dabei geholfen haben. Ich habe die Arbeit in der Fraktion geschätzt, trotz und gerade wegen unterschiedlicher Positionen. Ich werde nicht von der Welt sein. Meine politische Arbeit hört nicht auf. Sie wird in anderer Form stattfinden. Euch wünsche ich weiterhin viel politische Kondition, ganz nach dem Motto: Einig, aber nicht einheitlich.

Bücherliste: Oliver Nachtwey – Die Abstiegs-gesellschaft/Robert Menasse – Der Europäische Landbote/Ulrike Guérot – Warum Europa eine Republik werden muss/Richard Sennett – Die Kultur des neuen Kapitalismus/Ulrich Beck – Politik in der Risikogesellschaft/Zygmunt Baumann – Flüchtige Moderne/Pierre Bourdieu – Sozialer Raum und Klasse/Slavoj Zizek – Der neue Klassenkampf/Thomas Piketty – Das Kapital im 21. Jahrhundert

Jürg Cafilisch von Baden war 10 Jahre lang SP-Grossrat. Ab Oktober 2017 amtiert er zeitweilig als Fachrichter KESB beim Bezirksgericht Laufenburg.

KOMMENTAR



Gleichstellung im Aargau: keine Erfolgsgeschichte

Im internationalen Rahmen hat sich die Schweiz der UNO-Frauenrechtskonvention (CEDAW) angeschlossen. Der letzte Bericht des internationalen Ausschusses vom November 2016 verlangt von unserem Land, einen Zwischenbericht darüber zu erstellen, ob die bestehenden Gleichstellungsbüros und -kommissionen auf kantonaler und auf Bundesebene gestärkt und mit den nötigen Mitteln ausgestattet wurden.

Der Aargauer Regierungsrat aber entzieht sich seiner Verantwortung und beugt sich dem Spardiktat des Grossen Rates. Wenn kein Geld zur Aufgabenerfüllung gesprochen wird, werden Themen fallen gelassen. Die Gleichstellung ist eines dieser Opfer. Das ist eine klare Abfuhr gegenüber den Frauenorganisationen und den internationalen Gremien.

Im Kanton Aargau sind weder die Lohn-gleichheit unter den Geschlechtern noch die Chancengleichheit realisiert. Überprüfen Sie die Jahresberichte der Aargauer Institutionen: Wie viele Frauen finden Sie in Führungspositionen? Im Jahr 2010 haben etwa gleich viele Männer und Frauen das Studium mit einem Master abgeschlossen. Wo sind diese Frauen heute in der Verwaltung, der Forschung und in der Wirtschaft? Weshalb verlieren Frauen mit Migrationshintergrund ihren Aufenthaltsstatus, wenn der Gewalt ausübende Ehemann sich von ihnen trennt? Was macht der Aargau für die Gleichstellung? All diese Fragen werden künftig unbeantwortet bleiben oder von Frauenorganisationen in unbezahlter Arbeit weiter verfolgt werden müssen. Die Gleichstellung im Kanton Aargau ist keine Erfolgsgeschichte.

Die Rechtsanwältin Claudia Rohrer von Rheinfelden ist SP-Grossrätin.

Umsetzung der Frauenrechtskonvention im Aargau gefährdet

NACHDEM BEREITS ENDE 2016 EINE KÜRZUNG BEI DER FACHSTELLE FAMILIE UND GLEICHSTELLUNG UM 130 000 FRANKEN VOM GROSSEN RAT VERABSCHIEDET WURDE, SOLLEN NUN GEMÄSS VORLIEGENDEM BUDGETENTWURF SÄMTLICHE STELLENPROZENTE FÜR DIE GLEICHSTELLUNG GESTRICHEN WERDEN. EINE ÜBERPARTEILICHE PETITION WILL DAS VERHINDERN.



Viviane Hösli von Zofingen ist Co-Präsidentin der SP Frauen* Aargau, SP-Grossrätin und Einwohnerin.

Die Fachstellen Alter und Familie und Gleichstellung sollen zusammengelegt werden und neu «Fachstelle Alter und Familie» heissen. Die Fachstelle Gleichstellung würde damit gestrichen, und es gäbe keine kantonale Anlaufstelle für gleichstellungspolitische Anliegen oder Projekte mehr. Jedes Departement des Kantons Aargau soll neu in seinem Bereich für die Gleichstellung von Mann und Frau zuständig sein, notabene ohne klare Zuständigkeit oder zusätzliche Stellenprozente. Die bereits in den letzten Jahren minimalste Vernetzungs- und Koordinationsarbeit im Aargau, beispielsweise mit der Konferenz der Gleichstellungsbeauftragten von Bund und Kantonen, soll künftig ebenfalls wegfallen.

Aargau handelt gegen Bundesgerichtsentscheid

Bereits 2011 hat sich das Bundesgericht explizit mit der Verpflichtung der Kantone aus der UNO-Frauenrechtskonvention (CEDAW) auseinandergesetzt. In seinem Urteil kommt das Gericht zum Schluss, dass alle Ebenen des Staates, also nicht nur der Bund, sondern auch alle Kantone, verpflichtet sind, die Konvention umzusetzen und hierfür die geeigneten organisatorischen Vorkehrungen zu treffen. Die Kantone müssen über Stellen mit den notwendigen Fachkenntnissen, Kompetenzen und Ressourcen verfügen, um die von der Konvention verlangten Aufgaben wirksam wahrnehmen zu können. Weiter hat Ende 2016 der zuständige UNO-Fachausschuss in seiner Handlungsempfehlung gefordert, dass die Schweiz die institutionelle Gleichstellungsarbeit stärken, die Gleichstellung im Erwerbsleben vermehrt fördern und geschlechtsspezifische Gewalt intensiver bekämpfen muss. Die UNO sieht die Schweiz in der Verantwortung, Gleichstellungsfachstellen auf nationaler und kantonaler Ebene zu stärken.

Eine Petition für das Recht

Wird die Fachstelle für Gleichstellung abgeschafft, verkommt der Kanton Aargau in Gleichstellungsfragen zum Entwicklungsgebiet und wird den Aufträgen gemäss Gleichstellungsgesetz nicht mehr gerecht. Die SP Frauen* Aargau haben darum mit 16 Organisationen eine überparteiliche Petition gestartet, welche die Fachstelle erhalten will.

Die Petition fordert die Aargauer Regierung und das Parlament auf,

- als Kanton endlich den Auftrag gemäss Bundesverfassung und Gleichstellungsgesetz umzusetzen,
- die Fachstelle Gleichstellung zu erhalten und mit genügend finanziellen Mitteln auszustatten und
- Gleichstellungs- und Frauenanliegen im Kanton Aargau wieder auf die politische Traktandenliste zu setzen.

Hier kann unterschrieben werden:

www.gleichstellung-retten.ch

Der steinige Weg des Aargauer Gleichstellungsbüros kann hier nachverfolgt werden: <https://www.christine-scheidegger.ch/master/Aargau.pdf>



Nein zum Splittingmodell oder: Reiche Eltern für alle!

BEREITS IM AUGUST-LINKS HABE ICH ÜBER DAS SPLITTINGMODELL BEI STIPENDIEN GESCHRIEBEN, DAS GERADE IM GROSSEN RAT DISKUTIERT WIRD. ICH HATTE GEHOFFT, JETZT IM OKTOBER BERICHTEN ZU KÖNNEN, DASS DER VERSUCH DER BÜRGERLICHEN GROSSRÄT_INNEN, DIE CHANCENGLEICHHEIT IN DER BILDUNG ABZUBAUEN, KLÄGLICH GESCHEITERT IST. LEIDER KANN ICH DAS NICHT. DENN AM 26. SEPTEMBER 2017 WURDE DAS SPLITTINGMODELL ANGENOMMEN. DOCH AUFGEBEN WOLLEN WIR NOCH NICHT. WIR WEHREN UNS BIS ZUM SCHUSSENSCHEID, AKTUELL MIT EINER PETITION.



Mia Gujer von Wettlingen ist SP-Einwohnerin und Mitglied der Geschäftsleitung der SP Aargau

Nach einem unklar formulierten Antrag eines GLP-Grossrats zum Stipendiengesetz herrschte im Rat rege Verwirrung, und so wird nun am 7. November 2017 wohl nochmals über das Splittingmodell diskutiert werden müssen. Eine zweite Chance also, die ergriffen werden muss. Gemeinsam mit den Schüler_innenorganisationen aller Kantonschulen im Aargau hat die JUSO nach dem Entscheid des Grossen Rates eine Petition gegen das Splittingmodell lanciert. Innerhalb von 4 Tagen kamen über 600 Unterschriften zusammen. Ein klares Zeichen für den Wunsch der Aargauer Bevölkerung, die Chancengleichheit im Kanton zu erhalten! Nun liegt es an den bürgerlichen Grossrät_innen, ihre Verantwortung wahrzunehmen und gegen das Splittingmodell zu stimmen.

Reiche Eltern für alle

Die Diskussion über das Splittingmodell bei Stipendien wurde durch einen Minderheitsantrag von drei SVP-Grossräten in der vorbereitenden Kommission lanciert. Dieser verlangt, dass Stipendien neu zu einem Drittel als verzinsliche Darlehen vergeben werden. Damit würden sich aber bereits finanziell



Universität Zürich

schwächer gestellte Familien in Zukunft zusätzlich verschulden müssen.

Stipendien erfüllen genau einen Zweck: Sie sind dafür da, die ungleiche finanzielle Leistungsfähigkeit auszugleichen. Wer studieren will, soll dazu die Möglichkeit bekommen, unabhängig von der finanziellen Situation. Abbauen bei der Bildung ist Scheisse, egal welcher Bildungsweg davon betroffen ist. Punkt.

Der Wert der Bildung muss im Kontext des Diskurses über den Leistungsabbau im Aargau neu diskutiert werden.

Ansonsten kommt das Referendum

Genau diesen Diskurs müssen wir als Linke im Kanton Aargau führen. Wir dürfen uns nicht in Diskussionen verstricken lassen, in denen es darum geht, abwägen zu müssen, in welchem Bereich es weniger schlimm wäre, wenn der Abba Hammer zuschläge. Sollte der Grosse Rat in der Ratssitzung vom 7. November 2017 erneut für die Einführung des Splittingmodells stimmen, dann, liebe Genossinnen und Genossen, bleibt uns nur noch eines: das Referendum. Denn der Wert der Bildung muss im Kontext des Diskurses über den immer währenden Leistungsabbau im Aargau dringend neu diskutiert werden.

It's the taxes, stupid!

Mit der neuen Steuerinitiative der SP und der Abstimmung über die Millionärssteuer-Initiative der JUSO im kommenden Jahr bietet die Linke zwei gute Lösungsansätze, wie die Haushaltskasse des Kantons wieder gefüllt werden kann. Mit viel Engagement und guten Abstimmungskämpfen werden solche Abbaudiskussionen hoffentlich bald der Vergangenheit angehören. Dazu braucht es aber auch dich! Unterschreibe jetzt die Petition gegen das Splittingmodell auf:

www.finger-ab-de-rösti.ch/

KOMMENTAR



Wahlkampf – muss das sein?

Mit dem 24. September ist ein Teil der Ämter in Gemeinden und Städten besetzt. Die SP hat vielerorts zulegen können – herzlichen Glückwunsch allen Gewählten und viel Freude im Amt!

Wir sind hoch motiviert für die zweite Runde am 26. November, wo sich wieder viele SP-Kandidierende zur Wahl stellen. Einen guten Wahlkampf und ein erfolgreiches Resultat wünsche ich euch!

Ich weiss nicht, wie Ihr es so habt mit Wahlkämpfen. Für mich sind sie immer wieder eine Herausforderung. Wie stelle ich mich dar, dass ich nicht nur als Plakat, medial einseitig oder durch unpersönliche, inhaltslose Phrasen wahrgenommen werde? Letztes Jahr, als wieder kandidierende Grossrätin und dieses Jahr als Mentorin von zwei Gemeinderatskandidatinnen, versuche ich Antworten auf diese Frage zu finden.

Ich gebe es zu: mir liegt es viel näher, meine Begeisterung für die Politik über die Grossratsarbeit und meine weiteren politischen Engagements zum Ausdruck zu bringen als über Wahlkämpfe. Aber sie gehören nun mal als wichtiger Teil der Demokratie dazu.

Meine letztjährige Wahlkampf Müdigkeit hat sich aber legen können durch unser neues, erfolgreiches Wahlkampfelement: die Basis-kampagne mit den Telefongesprächen. Ja, ich führe die Gespräche am Telefon wirklich gerne, und sie sind grösstenteils spannend, anregend, lustig und kommen gut an.

Vor dem 24. September wurden 1108 Gespräche geführt, und auf den 26. November ist in weiteren fünf Sektionen (grösstenteils mit Einwohnerräten) die Basis-kampagne in Planung.

Ich werde auch an einem Samstag telefonieren gehen – und ich freue mich darauf!

Elisabeth Burgener von Gipf-Oberfrick ist SP-Grossrätin und Co-Präsidentin der SP Aargau

MANIFEST FÜR EINE KONSEQUENT FEMINISTISCHE SOZIALDEMOKRATIE

Der Kampf geht weiter

ZUM 100JÄHRIGEN JUBILÄUM DER SP FRAUEN* SCHWEIZ VERÖFFENTLICHEN DIESE EIN POSITIONSPAPIER MIT EINEM BREITEN FORDERUNGSKATALOG. EIN INNOVATIVES PAPIER, DAS AKTUELLER NICHT SEIN KÖNNTE.



Julia Hoppe von Herznach ist politische Sekretärin der SP Aargau.

«100 Jahre und kein bisschen leise», heisst es in der Einleitung. Eine Ansage, die auf den folgenden 28 Seiten gehalten wird. Geprägt war der Kampf der sozialdemokratischen Frauen* von unterschiedlichen Dynamiken, die mal mehr, mal weniger dem vermeintlich stereotypen Rollendenken entsprachen. Nach innen wie nach aussen prägten die sozialdemokratischen Frauen* die Auseinandersetzung für Gleichstellung und für eine feministische Gesellschaft. Die Einführung der AHV, Abtreibungsrechte, Frauen*stimmrecht oder der Gleichstellungsartikel sind auch auf ihr Engagement zurückzuführen.

Doch der Kampf ist noch nicht zu Ende. Auch im Jahr 2017 gilt es, geschlechterspezifische Rollen zu hinterfragen, Interessen der Frauen* beispielsweise im Arbeitsbereich durchzusetzen oder gesellschaftliche Verhältnisse und Machtstrukturen zu durchbrechen. Der Forderungskatalog zeigt deutlich, dass wir weit von einer wirklichen Gleichstellung entfernt sind, und es unser aller Einsatz braucht, um die Bezahlung von Care-Arbeit, die Lohngleichheit, die Stärkung von Frauen* in der Politik oder die Ehe für alle, die Aufhebung der Wehrpflicht und

den Stopp der Diskriminierung von Frauen* durchzusetzen.

Die Delegierten der SP Aargau befassten sich mit dem Papier und formulierten zuhanden der Delegiertenversammlung der SP Schweiz vom 14. Oktober 2017 drei Anträge, die vom ausserordentlichen Parteitag der Kantonalpartei vom 27. September 2017 einstimmig angenommen wurden:

1. «Weiterhin fordern wir dieselbe Quote für die Vertretung der Frauen in politischen Gremien auf kantonaler und kommunaler Ebene. Die Mandatsträger und Mandatsträgerinnen unserer Partei sind aufgefordert, sich für eine aktive Gleichstellungspolitik der Gremien, welcher sie angehören, einzusetzen.»
2. «Auch setzen wir uns für die Rechte und den Schutz der Frauen* in religiösen Minderheiten ein. Der Ausgrenzung, Diskriminierung oder Diffamierung muss mit Entschiedenheit und Aufklärung entgegengetreten werden. Der Feminismus aller Frauen berücksichtigt ebenfalls die Interessen der Frauen* religiöser Minderheiten.»
3. «In der Schule soll aufgezeigt werden, dass jedem und jeder anhand ihrer/seiner persönlichen Fähigkeiten der Weg offen steht, unabhängig des Geschlechts. Die Kinder sollen nach ihren Fähigkeiten gefördert werden, insbesondere bei der Entscheidung zum beruflichen Werdegang.»

Feministische- und Gleichstellungspolitik ist nicht reine Frauen*sache, sie geht uns alle an. Die SP Aargau ist bemüht, alle im Positionspapier gestellten Forderungen nach ihrem besten Wissen umzusetzen.

AGENDA

27. Oktober 2017, 18 Uhr, Volkshaus Aarau, Bachstrasse 43:

SP Frauen* Aargau: Diskussion über das Positionspapier der SP Frauen* Aargau.

28. Oktober 2017, 9 – 14 Uhr, Grossratsgebäude Aarau: **Kommunalpolitische Tagung zum Thema «Nachhaltiges Wohnen für viele. Wege zum ersten 2000-Watt-Genossenschaftsareal im Aargau»** Referenten: Jörg Vitelli, Grossrat SP Basel-Stadt, Präsident Wohnbaugenossenschaften Nordwestschweiz in Basel, über das Projekt Wohnen&Mehr, Basel, und Claudia Thiesen, Architektin und Projektentwicklerin, über das Projekt Mehr als Wohnen (Hunziker Areal), Zürich. **Anschliessend Workshops in Gruppen. Weiter: Information über die kantonale Umsetzung des Einbürgerungsgesetzes.**

7. November 2017, 19 Uhr, Volkshaus, Bachstrasse 43, Aarau: **Parteirat**

14. November 2017, 19.30 Uhr, Aarau, Volkshaus, Bachstrasse 43, Aarau:

Herbstversammlung der SP Frauen* Aargau

26. November 2017: **Wahlsonntag**

14. Dezember 2017, 19 Uhr, Volkshaus, Bachstrasse 43, Aarau:

Themenabend der SP Frauen* Aargau

AARGAUER SUPPE



**Max Chopard-Acklin
& Anna Andermatt**

berichten aus dem Grossen Rat

**13. November 2017, 19.30 – 21 Uhr
Restaurant Cherne, Dorfstrasse 4,
5412 Gebenstorf**



Mit offerierter Suppe.



Herzliche Einladung
zur 8. kommunalpolitischen Tagung

**«Nachhaltiges Wohnen für viele.
Wege zum ersten 2000-Watt-
Genossenschaftsareal im Aargau»**

Informationen zur Umsetzung des
Einbürgerungsgesetzes zum 1.01.2018

Samstag, 28. Oktober 2017, 09.00 bis 14.00 Uhr
im Otto-Kälin-Saal, Grossratsgebäude Aarau

Anmeldung

bis 20. Oktober 2017 unter
www.sp-aargau.ch/partei/kommunal

Diese Einladung darf gerne an interessierte Mitglieder
weitergeleitet werden!

FÜR ALLE
STATT
FÜR WENIGE



IMPRESSUM

SP Aargau, Bachstrasse 43,
Postfach, 5001 Aarau
Telefon 062 834 94 74, Fax 062 834 94 75
sekretariat@sp-aargau.ch,
www.sp-aargau.ch
Erscheint 6 Mal pro Jahr
Auflage links.ag 3255
Redaktion: Katharina Kerr,
katkerr@katkerr.ch
Redaktionsschluss für diese Ausgabe:
9. Oktober 2017
Redaktionsschluss nächste Ausgabe:
4. Dezember 2017
Erscheinen nächste Ausgabe:
21. Dezember 2017

An dieser Nummer haben mitgearbeitet:
Pascale Bruderer, Elisabeth Burgener, David
Burgherr, Jürg Cafilisch, Dieter Egli, Yvonne
Feri, Mia Gujer, Julia Hoppe, Viviane Hösli,
Katharina Kerr, Claudia Rohrer, Gabriela
Suter, Claudia Thiesen, Jörg Vitelli, Florian
Vock, Cédric Wermuth.